

Beschlussvorlage	Vorlage Nr.: 435/2015			
Schüler in die Kommunalpolitik				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Ausschuss für Bildung, Familie, Jugend und Sport	15.06.2015	öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeindeausschuss	23.06.2015	nicht öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeinderat	15.07.2015	öffentlich	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

„Die Verwaltung wird, vorbehaltlich der Zustimmung der OBS Ankum und Bersenbrück, damit beauftragt, das Projekt in folgender Form umzusetzen:

- 1. Termin:** Vorbereitung der Sitzung in der jeweiligen Schule durch die Politiklehrer (Dauer: ca. 1 Doppelstunde)
- 2. Termin:** Teilnahme der Schüler an der Sitzung als Zuhörer; ggf. Vor- oder Nachbesprechung der Schüler mit Ratsmitgliedern (Fragen der Schüler, Erläuterungen der Ratsmitglieder etc.)
- 3. Termin:** Nachbereitung der Sitzung in der jeweiligen Schule durch die Politiklehrer (Dauer: ca. 1 Doppelstunde).“

1. Finanzielle Auswirkungen

- Ja
 Nein

I. Gesamtkosten der Maßnahme: €

II. davon für den laufenden Haushalt vorgesehen: €

Betroffener Haushaltsbereich

- Ergebnishaushalt** **Finanzhaushalt/Investitionsprogramm**

Produktnummer/Projektnummer

Bezeichnung:

- Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr zur Verfügung.
 Den erforderlichen Mitteln stehen Einzahlungen/Erlöse zur Deckung gegenüber in Höhe von €
 Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr **nicht** zur Verfügung und müssen außer-/überplanmäßig bereitgestellt werden (Ausführungen zur

Deckung sind der Begründung zu entnehmen).

III. Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung:

- Der Betrag ist jährlich wiederkehrend einzuplanen.
- Die Gesamtkosten von € beziehen sich auf die Jahre
- Es entstehen jährliche Folgekosten in Höhe von €
- Durch die Maßnahme werden jährliche Erträge erwartet in Höhe von €.

2. Beteiligte Stellen:

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Ziel/e

Sachverhalt:

Die Junge Union der Samtgemeinde Bersenbrück (JU) hat der Samtgemeinde eine Eingabe über die Einbindung von Schülern in die Kommunalpolitik gemacht. Dieses Projekt soll als Arbeitsgemeinschaft (AG) in Kooperation mit den weiterführenden Schulen erfolgen.

Die Verwaltung der Samtgemeinde Bersenbrück hat mit Schreiben vom 20.02.2015 die vier weiterführenden Schulen in Ankum und Bersenbrück gebeten, mitzuteilen, ob Sie an der Durchführung eines solchen Projektes interessiert sind.

Die Schulleitung der OBS Ankum, Frau Balgenort, teilte am 16.04.2015 mit, dass die Schule an dem Projekt teilnehmen möchte. Dieses soll in Form eines Wahlpflichtkurses (WPK) erfolgen.

Mit Schreiben vom 09.04.2015 schlägt Herr Kuntze, Schulleiter des Gymnasiums Bersenbrück, vor, dass in Absprache mit der BBS Bersenbrück eine Sitzung des Samtgemeinderates, z.B. im Pädagogischen Forum der BBS, stattfinden könnte. Hierbei könnte ein Austausch der Abgeordneten mit den Schülern vor und nach der Sitzung erfolgen. Weiter wurde mitgeteilt, dass hinsichtlich der Einrichtung einer AG die Samtgemeinde Bersenbrück unterstützend tätig werden müsste.

Am 14.04.2015 teilte Herr Kohne, Schulleiter der BBS Bersenbrück, mit, dass er die Umsetzung des Projektes in der vorgeschlagenen Form nicht umsetzbar hält, da die BBS Bersenbrück keine Arbeitsgemeinschaften anbietet. Weiter teilt er mit, dass er sich der Meinung des Herrn Kuntze vom Gymnasium Bersenbrück anschließt. Die Schüler könnten sich für die Sitzung anmelden und vor der eigentlichen Ratssitzung mit den Ratsmitgliedern über die Tagesordnung austauschen. Herr Kohne schlägt weiter vor, eine Veranstaltung als Testdurchlauf durchzuführen, um das Interesse der Schülerschaft diesbezüglich zu ermitteln. Da die Samtgemeinde Bersenbrück Träger der Oberschulen in Ankum und Bersenbrück ist, stünden die Räumlichkeiten dort per se zur Verfügung.

Weiter teilte Herr Briesemeister, Fachgruppenleiter Politik der BBS Bersenbrück, am 17.04.2015 telefonisch mit, dass von Seiten der Fachgruppe Politik ein Interesse an der Durchführung des Projektes besteht.

Frau Thomas von der von-Ravensberg Schule in Bersenbrück teilte am 15.04.2015

ebenfalls mit, dass die OBS Bersenbrück an der Durchführung des Projektes „Schüler in die Kommunalpolitik“ interessiert ist.

Am Montag, den 08.06.2015, hat weiterhin ein Gespräch zwischen Herrn Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier, Herrn Kuntze als Schulleiter des Gymnasiums Bersenbrück und Herrn Kohne als Schulleiter der BBS Bersenbrück bezüglich des Projektes „Schüler in die Kommunalpolitik“ stattgefunden. Zu diesem Gespräch waren auch die Oberschulen eingeladen, die jedoch keinen Vertreter entsandt haben. Zur Durchführung des Projektes wurde folgende Absprache getroffen, in welcher Form das Projekt erstmalig umgesetzt werden soll:

1. Vorbereitung der Sitzung in der jeweiligen Schule durch die Politiklehrer (Dauer: ca. 1 Doppelstunde)
2. Teilnahme der Schüler an der Sitzung als Zuschauer; ggf. Vor- oder Nachbesprechung der Schüler mit Ratsmitgliedern (Fragen der Schüler, Erläuterungen der Ratsmitglieder etc.)
3. Nachbereitung der Sitzung in der jeweiligen Schule durch die Politiklehrer (Dauer: ca. 1 Doppelstunde).

Aufgrund des praktischen Bezuges sind die Bauausschusssitzungen von Stadt und Samtgemeinde Bersenbrück für den ersten Probelauf gut geeignet.

Da Vertreter der OBS Ankum und Bersenbrück an dem Gespräch nicht teilgenommen haben, ist mit diesen das Verfahren noch abzusprechen.

Zur Sitzung des Gremiums könnten die Schüler Fragen entwickeln und diese dann in der Sitzung stellen.

Für die Durchführung des Projektes ist es von großer Bedeutung, dass sich die Ratsmitglieder intensiv in den Prozess einbinden und sich den Fragen der Schülerschaft stellen. Ebenso wäre es vorstellbar, dass Ratsmitglieder zur Vorbereitung der Sitzung in die Schule kommen, um sich und ihre Arbeit dort vorzustellen und mit der Schülerschaft die interessanten Themen zu diskutieren. Es wäre ebenso möglich, dass auch Mitarbeiter der Verwaltung in die Schulen kommen und dort ihre Arbeit rund um eine Ratssitzung vorstellen.

Nach den ersten Praxiserfahrungen sind mit den Schulen Gespräche mit dem Ziel zu führen, Empfehlungen für weitere Schritte zur Beteiligung von Schülerinnen und Schüler an der Kommunalpolitik zu entwickeln.

gez. Dr. Baier
Samtgemeindebürgermeister

gez. Klövekorn
Fachdienstleiter I

